



الجمعية الألمانية الفلسطينية

Palästina Zeitung

Ausgabe 9, Dezember 2008

Zeitung der Regionalgruppen NRW-Süd und Ruhr der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

FÜR VÖLKERRECHT UND MENSCHENRECHTE IM NAHEN OSTEN



(Foto D. Neuhaus)

Schwarze Luftballons über der Gestalt der Gerechtigkeit auf dem Frankfurter Römerplatz bei der Gegendemonstration „60 Jahre Katastrophe“, gleichzeitig mit der zentralen deutschen Feier „60 Jahre Israel“ in der nahen Paulskirche. Kein Zweifel: Israel soll existieren, aber nicht menschenverachtend Millionen Menschen ins Elend stürzen.

„Europäische Juden für gerechten Frieden in Nahost“ erheben ihre Stimme

Bei der Veranstaltung „60 Jahre Katastrophe“ (= Nakba) auf dem Frankfurter Römerplatz hielt Frau Prof. Fanny-Michaela Raisin eine Ansprache im Namen der israel-kritischen „Europäischen Juden für gerechten Frieden in Nahost“. Es war eine Veranstaltung zum Gedenken, zum Trauern und Mahnen. Hier folgt ein Auszug aus ihrer Rede:

„Meine Damen und Herren, generell gilt für alle Politikvertreter:

Wer unkritisch einen Staat feiert, der anhaltend und ohne Not systematisch und in voller Absicht das Völkerrecht, die humanitäre IV. Genfer Konvention und alle Zivil- und Menschenrechte aussetzt, vergeht sich an dem Geist des Grundgesetzes. Das Grundgesetz verpflichtet uns alle - so steht es in der Präambel - „dem Frieden der Welt zu dienen!“

In Art. 1. Abs. 2 heißt es: „Das Deutsche Volk bekennt sich zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Und Artikel 25 schreibt fest: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“
Artikel 25 verpflichtet Sie, Frau Bundes-

kanzlerin, und gleichermaßen Ihr Kabinett, die Beziehungen zu Israel und das politische Gewicht der Bundesrepublik zu nutzen, um gegen die Strom- und Medikamentensperre in Gaza, gegen den Bau der Mauer quer durch die Westbank, gegen die krebbsartigen Auswüchse der Siedlungen und gegen die Apartheid und die inhumane Okkupation insgesamt nicht nur ent-rüstet anzureden, sondern endlich wirksame Schritte, und das heißt Sanktionen einzuleiten.

Frau Bundeskanzlerin, Sie sind nicht vorrangig dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und auch nicht dem Ministerpräsidenten und seinen Wählern in Israel verpflichtet. Sie sind in der Hauptsache, dem Wohle der Bürger und Bürgerinnen hier in Deutschland und vor allem dem Geist und Wort des Grundgesetzes verpflichtet.

Wer Freunden besondere Verantwortung und Beistand versichert, muss auch den Mut finden, sie mit harter Kritik, mit Tadel und sogar mit Sanktionen von einem er-

kennbar abgründigen Weg abzubringen.

Ihr einseitiger Schulterchluss mit Israel, Ihr Versäumnis sich anlässlich Ihres Gratulationsbesuchs zum 60. Geburtstags in Jerusalem bei Ministerpräsident Ehud Olmert, auch in Ramallah beim palästinensischen Präsidenten, Mahmoud Abbas, über die Nakba von Palästina zu informieren, stören das friedliche Zusammenleben unserer Zivilgesellschaft empfindlich. Sie treffen die Rechtsgleichheit der unterschiedlichen Minderheiten, zumal der arabischen, palästinensischen und jüdischen und verletzen ihre Souveränität.“

Anmerkung der Redaktion: In Verbindung mit dem Dank für die mutigen Worte von Frau Raisin ist anzumerken, dass unsere Bundeskanzlerin gegen die Untaten seitens der Politik und der Organisationen des Staates Israel noch nie „angeredet“ hat, geschweige denn entrüstet. Das geschieht nur gegenüber China in Sachen Tibet etc.

Die Schrift an der Wand in der Wallstreet

Alle unsere Regierungen
Gingen davon aus
Dass, so lange uns die Amerikaner
unterstützen,
Wir die ganze Welt ignorieren
Und die Palästinenser unterdrücken
können.

Aber kein Weltreich dauert ewig
Und die Botschaft
Steht an den Wänden
Der Wall Street.

Der einzige Weg
Um die Sicherheit Israels zu
garantieren,
Ist Frieden zu schließen
Mit den Palästinensern und
Von der ganzen arabischen Welt
akzeptiert zu sein

Und dies soll schnell getan werden,
Solange wir es noch können.

Gush Shalom, israelische Friedensbewegung, Anzeige in der Tageszeitung Haaretz, 10. Okt. 2008

Palästinensische Dörfer kämpfen um ihr Land

Die Bewohner von Ni'lin demonstrieren seit Mai regelmäßig zusammen mit israelischen und internationalen Friedensaktivisten dagegen, dass ca. 2,5 Quadratkilometer landwirtschaftlichen Landes - etwa 20% der Agrarfläche des Dorfes - für den Mauerbau enteignet werden. Vielen Dorfbewohnern fehlt damit die Existenzgrundlage. Seit 1948 hat Ni'lin unter zionistischen Angriffen sowie Enteignungen zu leiden, jetzt hat sich das ganze Dorf zum zivilen Widerstand entschlossen und wird dafür mit Ausgangssperren und anderen Repressalien belegt.



Demonstration in Ni'lin

PALÄSTINAREISE

Während überall auf der Welt „60 Jahre Israel“ gefeiert wurde, machten wir eine dreiwöchige Reise durch Palästina.

Am 15. Mai, dem Nakba-Tag, waren wir in Ramallah, um mit den Palästinensern mehr als 12.000 schwarze Luftballons (Symbol für 60 Jahre Vertreibung) fliegen zu lassen. Trauer, Wut, aber auch Hoffnung auf eine bessere Zukunft machten sich breit.

Am 16. Mai sind wir dann in Bilin gewesen, um an der friedlichen, jeden Freitag stattfindenden Demonstration gegen den illegalen Siedlungsbau teilzunehmen. Zusammen mit etwa 80 Palästinensern und etlichen internationalen UNO-Vertretern zogen wir nach dem Sperrzaun, der das Dorf Bilin von seinem Land und seinen Feldern trennt. Sofort fuhren israelische Panzer auf, Soldaten gingen in Stellung und beschossen uns zunächst mit Tränengas und später mit gummiummantelten Stahlgeschossen. Auf palästinensischer Seite blieb alles friedlich, kein Stein flog. Sicherheitshalber mussten wir abziehen.

Am Erschütterndsten war es in Hebron. Die jüdischen Siedler leben dort illegal in der Altstadt. Palästinensische kleine Kinder können nur noch hinter vergitterten Fenstern spielen, weil sie sonst von Siedlern mit Steinen beworfen werden. Es bricht einem das Herz, diese tottraurigen Gesichter zu sehen. Im Bazar ist höchstens noch jedes zwanzigste Geschäft ge-



Schlüssel als Symbol für die Hoffnung auf Freiheit, in Bethlehem zwischen Aida-Camp und Mauer

ser ausgekippt. Was uns am meisten erstaunt hat, ist die Geduld, die viele Menschen dort trotzdem noch haben, und die Beharrlichkeit, mit der die Wenigen ihre Geschäfte geöffnet halten.

Empörend waren auch die vielen Checkpoints und Straßensperren in der Westbank. Während ein israelischer Soldat jeweils alle Pässe in unserem Sammeltaxi kontrollierte, hielt ein zweiter die Maschinengewehr mit dem Finger am Abzug ins Auto. Wir mussten das nur drei Wochen ertragen, die Palästinenser jeden Tag. Die Ausrede, die Straßensperren seien zum

Schutz der illegal gebauten israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet da, kann nicht stimmen, weil es für eventuelle sogenannte Terroristen jenseits der Straßen genügend Möglichkeiten gäbe, Attentate zu verüben. Das geschieht aber nicht. Diese Sperren sind reine Schikane, um die Bewegungsfreiheit der Palästinenser einzuschränken, die oft überhaupt nicht passieren dürfen.

Bethlehem ist besonders betroffen. Nicht nur die kilometerlange und bis zu zehn Meter hohe Mauer, die sich durch das Stadtgebiet schlängelt, sondern auch die

Checkpoints zeugen von Menschenverachtung. Nachts um vier Uhr liegen die Palästinenser, die in Jerusalem arbeiten, auf Pappen in einem vergitterten Gang in der Hoffnung, zu den Glücklichen zu gehören, die morgens um sieben Uhr den Checkpoint passieren können, wenn er denn geöffnet wird.

Es gäbe noch vieles zu berichten, doch zum Schluss noch eine kurze Beobachtung im Staat Israel: Man spürt kein bisschen Angst vor Bombenanschlägen, wie man uns hier immer als Argument für Mauerbau und Straßensperren angibt. In Tel Aviv herrscht ausgelassene Fröhlichkeit, in Jerusalem leben die jüdischen Israelis unbehelligt ihr Leben und breiten ihre Wohngebiete ungestört ständig weiter in den arabischen Teil Jerusalems aus. Während sich überall in Israel Aufschwung, Optimismus und Lebensfreude ausbreitet, begegnet man in Palästina überwiegend Resignation.

Der Satz, der uns in Palästina ständig gesagt wurde: „It's our homeland, but what shall we do?“ verfolgt uns bis heute. Und was können wir tun? Wir können hier in Deutschland nur aufklären über die durch die israelische Politik herbeigeführte menschenunwürdige und menschenrechtsverletzende Situation in Palästina.

Eva und Dieter Lehmann
"alle Fotos: D. u. E. Lehmann"
Juni 2008



Gerechtigkeit - Schlüssel der Zukunft

öffnet, da die Siedler die Wohnungen über den Läden okkupiert haben und Steine oder Unrat auf die Bazarstraße werfen. Zum Schutz haben die Palästinenser Netze gespannt, aber nun wird Schmutzwas-



Fünf Finger - dieselbe Hand: Buddhist, Hindu, Muslim, Jude, Christ.

Reiseempfehlung

60 Jahre Israel: Feiern Sie mit und reisen Sie nach Israel, ins Gelobte Land! Sie werden staunen, wenn Sie richtig hinschauen! Aus Anlass des 60. Jahrestages der Staatsgründung Israels wirbt das Staatliche Israelische Verkehrsbüro besonders intensiv für Reisen nach Israel. Leider wird in der Werbung manches unterschlagen, was einen Besuch in Israel in diesen Monaten wirklich einmalig macht. Und das möchte ich hier für Sie ergänzen:

- Sie können nicht nur „Ruinen vorchristlicher Stätten“ kennen lernen, sondern auch Ruinen von arabischen Dörfern, die gerade einmal 60 Jahre alt sind. Von ihnen gibt es Hunderte im ganzen Land. Wenn auf Ihr Nachfragen bei Ihrem israelischen Reiseleiter dieser zurückfragt „Welche Dörfer soll Israel zerstört und deren Bewohner vertrieben haben?“, zeigen Sie ihm Ihr mitgebrachtes Buch „Die ethnische

Säuberung Palästinas“ des israelischen Autors Ilan Pappé. Es enthält die Namen der meisten zerstörten arabischen Ortschaften.

- Auch wenn der Bau von Grenzmauern als Mittel der Politik aus der Mode gekommen ist, was gerade Sie als Deutscher mit dem Schicksal der Berliner Mauer noch in deutlicher Erinnerung haben: Israel hat eine mehrere hundert Kilometer lange und an manchen Stellen bis zu zehn Meter hohe Betonmauer um sich herum gebaut, die ihresgleichen in der Welt sucht. Versäumen Sie nicht, sie ganz aus der Nähe zu betrachten. An etlichen Stellen können Sie sogar die Bauarbeiten verfolgen, denn die Mauer ist noch nicht ganz fertig. Das Besondere: zu einem Großteil verläuft die Mauer auf dem Grund und Boden der benachbarten Palästinenser. Vielleicht werden Sie Zeuge einer der vielen Ausei-

nersetzungen zwischen der israelischen Armee und friedlich demonstrierenden palästinensischen Bürgern, denen die Mauer die Existenz zerstört.

- Wenn Sie bisher geglaubt haben, dass „Apartheid“, die vor Jahrzehnten in Südafrika erfunden, aber später wegen des schlechten Eindrucks, den sie in der Welt hinterlassen hatte, abgeschafft wurde, in der Welt der modernen Staaten nicht mehr existiert: Sie haben sich geirrt! Ihr Israel-Urlaub bietet Ihnen die einmalige Gelegenheit, diese fast ausgestorbene Form der Benachteiligung und Unterdrückung von Menschen hautnah kennen zu lernen. Sie werden zum Beispiel auf asphaltierten, breiten Straßen fahren, die nur von Israelis und von Ihnen als Besuchern des Landes benutzt werden dürfen. Wenn Sie bei Ihren Fahrten durch das Land gut aufpassen, können Sie abseits dieser Schnellstraßen

arabische Menschen sehen, die auf Trampelpfaden über Hindernisse klettern oder mit ihren Eselkarren auf schlechten Feldwegen entlang ziehen. Fragen Sie ruhig Ihre Reiseleitung, wieso diese Menschen dort laufen und weshalb sie so müde und erschöpft aussehen, auch weshalb die palästinensischen Lastwagen auf Schotterwegen fahren.

- Wenn die Reiseleitung Ihnen ein vollständiges Bild von Israel vermitteln will, ermöglicht sie Ihnen den Besuch eines so genannten „Checkpoint“. Sie können diese Kontrollposten schon von weitem erkennen, denn dort stehen manchmal Hunderte von Palästinensern und warten. Leider behandeln die meisten der israelischen Soldaten die Palästinenser, die die Checkpoints passieren müssen, ziemlich schlecht, schicken sie trotz langer Wartezeit wieder zurück oder schikanieren sie auf an-

Fortsetzung von Seite 2

dere Weise. Das passiert jeden Tag, so dass Frauen der israelischen Menschenrechtsorganisation „MachsomWatch“ oft Anlass haben, die Soldaten bei ihrem Verhalten zu beobachten, und sich bemühen, die schlimmsten Misshandlungen zu verhindern. Über das, was diese Frauen alles erlebt haben, wurden schon Bücher geschrieben. Vielleicht sollten Sie eines davon mitnehmen auf Ihre Reise nach Israel.

- In der von Israel besetzten Westbank leben inzwischen 270.000 jüdische Israelis. Obwohl das Land, auf dem sie wohnen, Palästinensern gehörte und gehört, gehen manche von den Siedlern mit ihren arabischen Nachbarn ziemlich schlecht um. Sie schlagen die Palästinenser, brechen nachts in deren Häuser ein, zerstören oft ihre Autos, schießen bei der Feldarbeit auf sie, verbrennen ihre Olivenhaine oder hindern sie an der Ernte. Inzwischen ist das der israelischen Regierung ein bisschen peinlich. Denn oft hat sich die Wut der

Siedler auch gegen internationale Gäste und gegen die eigenen Soldaten gerichtet, obwohl man immer wieder hört, dass das israelische Militär eng mit den Siedlern verbunden ist. Im September 2008 hat deshalb der Ministerpräsident Olmert gesagt, dass er Pogrome an den Palästinensern nicht dulden werde. Wenn Sie auf Ihrer Reise nach Hebron kommen, werden Sie bestimmt einige der wütenden Siedler erleben. Dabei müssen Sie aber sehr aufpassen, denn die können sehr aggressiv werden, auch wenn israelische Soldaten in der Nähe sind. Ich erzähle Ihnen dies übrigens nur, damit Sie darauf achten, was für ein ganz besonderes Land Israel als Reiseziel ist.

- Ein ganz besonderer, weil in anderen Ländern verbotener Teil der Realität Israels besteht darin, dass dieser Staat den Palästinensern schon in der Vergangenheit sehr viel Land weggenommen und mit Israelis besiedelt hatte. Die Vereinten Na-

tionen und viele andere Organisationen und Staaten haben Israel immer wieder aufgefordert, hiermit endlich Schluss zu machen. Aber Israel, das Ziel Ihrer Reise, wähnt sich so stark, dass es sich hierum nicht kümmert. Deswegen wird die Fläche, die für einen Staat Palästina übrig bleibt, immer kleiner. Und außerdem ist diese Fläche wegen der vielen israelischen Siedlungen mittendrin ganz durchlöchert. „Wie ein Schweizer Käse“, hat der US-Präsident George W. Bush einmal festgestellt. Bald ist die Fläche so klein, dass die Gründung eines eigenen Staates Palästina gar nicht mehr möglich ist. Wenn es am Ende aber keinen eigenen Staat für die Palästinenser gibt und diese in Israel bleiben, wird Israel kein jüdischer Staat mehr sein. Fragen Sie doch einfach Ihren Reiseleiter, was er davon hält.

Vielleicht stellen Sie am Ende Ihrer Reise fest, dass die Werbung Ihnen einiges vorenthalten hatte, was Sie schon gerne vor

der Reise gewusst hätten. Zum Beispiel auch, dass es in Israel viele Menschenrechtsorganisationen gibt, die die Missstände im Land aufdecken und anprangern: die Menschenrechtsverletzungen, die Demütigung der Palästinenser, die Korruption im eigenen Staat, den Diebstahl von Land eines anderen Volkes, die Angriffe der fanatischen Siedler auf palästinensische Bauern und vieles andere mehr. Auf diese Menschenrechtsgruppen kann Israel wirklich stolz sein, und vielleicht können Sie Ihren Reiseveranstalter überzeugen, dass er Ihrer Gruppe ein Gespräch mit einer solchen Organisation ermöglicht.

Wenn Sie jetzt wirklich nach Israel fahren: Sie werden vieles erleben, was es so in anderen Ländern der Gemeinschaft demokratischer Staaten einfach nicht mehr gibt. Einiges davon habe ich hier für Sie aufgeschrieben. Also gute Reise!

Dieter Neuhaus

Durchbruch zum größten Freiluftgefängnis der Welt - Gaza Bericht und Interview

Am liebsten hätten die israelische Regierung und das israelische Militär die Ankunft von zwei Schiffen in Gaza wie alle anderen Zugangsversuche verhindert. Aber die Reise der insgesamt 45 Teilnehmer aus 15 Ländern war weithin öffentlich angekündigt, und die Verhinderung des Einlaufens in den palästinensischen Hafen wäre Israel nur mit brutaler militärischer Gewalt und somit um den Preis eines gewaltigen Skandals möglich gewesen. Das hätte die Aufmerksamkeit der Welt erneut auf Israels menschenverachtende Politik gegenüber den Palästinensern gelenkt. So gelang es also, die beiden Schiffe „Free Gaza“ und „Liberty“ über Kreta und Zypern bis in den Hafen von Gaza-Stadt zu steuern. Sie erreichten ihn trotz widriger Umstände nach 32 Stunden Fahrt am 23. August 2008, obwohl die Marine Israels das Kommunikationssystem der Schiffe empfindlich gestört hatte.

Die Wut des israelischen Militärs darüber, dass die Schiffe trotzdem ihr Ziel erreichten und das auch noch bei hoher Anteilnahme der internationalen Medien, wurde wenige Tage später deutlich. Da zerstörte ein israelisches Kriegsschiff mehrere palästinensische Fischerboote durch Rammen, und den Fischern wurde per Megafon die Drohung zugerufen: „Wenn die Ausländer Gaza verlassen, werdet ihr alle dafür zu bezahlen haben“. Wahrscheinlich war den Marinesoldaten nicht bewusst, dass sie durch ihre Worte das Bild eines gegenüber den Palästinensern gewalttätigen, rachsüchtigen und menschenverachtenden Staates Israel in der Weltöffentlichkeit nur noch weiter verfestigen würden.

Begeisterter Empfang

Der begeisterte Empfang für die Besucher durch die Bevölkerung von Gaza lässt sich kaum beschreiben. Eine Mitreisende aus Deutschland, die Jüdin Edith Lutz (siehe Interview auf dieser Seite), vermittelte in zwei ausführlichen Beiträgen in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ den Lesern die

überschwängliche Freude und Begeisterung, mit der die Boote und die Gaza-Besucher begrüßt wurden. Auch alle anderen Mitreisenden, vom israelischen Direktor des „Komitees gegen Häuserzerstörungen“, Jeff Halper, bis zu Lauren Booth, der Schwägerin des ehemaligen britischen Premierministers Blair, haben durch ihre Berichte und Interviews dazu beigetragen, dass die Aufmerksamkeit der Welt auf eine der größten Tragödien unserer Zeit gelenkt wurde.

Diese Tragödie ist nicht durch Unbilden der Natur verursacht, sondern durch die Politik des Staates Israel, der eineinhalb Millionen Menschen Gazas zu Geiseln machte, indem Israel über sie eine Kollektivstrafe verhängte und noch nicht aufgehoben hat. Durch die totale Abriegelung Gazas hat Israel schon mehr erreicht als die Regierung im Jahre 2006 durch Dov Weissglas, den Chefberater des Ministerpräsidenten, verlautbaren ließ: „Die Palästinenser sollen auf Diät gesetzt werden, aber so, dass sie nicht vor Hunger sterben“.

Menschliche Tragödie

Aus den Berichten der „Free Gaza“-Besucher ergibt sich in erschreckender Deutlichkeit, dass die fast totale Abriegelung des Landes durch Israel nicht nur eine unvorstellbare Verelendung der Masse der Bevölkerung, sondern auch schwer un-



terernährte und halbverhungerte Kinder zur Folge hat. Die israelische Abschnürung hat das Wirtschaftsleben in Gaza fast vollständig zerstört, so dass Arbeitslosigkeit, Armut und Elend katastrophale Höhen erreicht haben. Auch wenn in der jüngeren Vergangenheit die für Gaza zuständige UN-Organisationen sowie die Weltbank in Washington hierüber schon mehrfach berichtet haben, so vermit-

teln die Eindrücke der „Free Gaza“-Reisenden von ihrem Besuch doch ein viel schärferes Bild der von Israel bewusst herbeigeführten menschlichen Tragödie. Einige Bilder prägen sich besonders deutlich ein:

- die abgemagerten, häufig unter- und fehlernährten Kinder, die auf den verschmutzten und engen Gassen und Wegen „spielen“ müssen, denn den Luxus von Spielzeug kennen sie nicht;
- schwer traumatisierte Kinder, denen unter den schwierigsten Umständen in Gaza kaum Hilfe geleistet werden kann;
- hörgeschädigte Kinder, denen die mitgebrachten Hörgeräte helfen sollen, ihre durch israelische Terror-Überschallflüge über Gaza herbeigeführten schweren Hörschäden zu überwinden;
- die Studenten, denen Israel die Ausreise in die USA oder nach Großbritannien nicht

erlaubt, so dass ihre Stipendien verfallen: Israel verbaut ihnen zielstrebig eine bessere Zukunft;

- die schlechte Trinkwasserqualität, die zu Erkrankungen führt: Israel lässt nicht genügend Treibstoff für die Energieerzeugung ins Land, so dass das Trinkwasser nur ungenügend aufbereitet werden kann;
- das verschmutzte Meer vor Gaza, weil mangels Treibstoffen die Kläranlagen nicht funktionieren;
- der Besuch im Gesundheitszentrum, in dem unter schwierigsten Umständen versucht wird, das Leben der schwer unterernährten Säuglinge zu retten;
- die Fischer, deren Boote die israelische Marine auf See zerstörte und die nun weder ein bescheidenes Einkommen erzielen noch die hungrige Bevölkerung mit Fisch versorgen können;
- die verfallenden Schulgebäude, Gesundheitseinrichtungen und Geschäfte;
- die extrem hohe Arbeitslosigkeit: seit Israels Blockade mussten 95% der Betriebe schließen; 80% der Bewohner Gazas leben unterhalb der Armutsgrenze von zwei Dollar täglich,

Persönliche Rache erfuhren die nach Gaza Gereisten, die in ihre Heimat zurück wollten, schließlich durch die Zurückweisung an den Grenzübergängen nach Israel und Ägypten. Frau Booth, der Schwägerin von Tony Blair, wurde erst nach über vier Wochen Zwangsaufenthalt in Gaza gestattet, Gaza über Ägypten zu verlassen. Ähnlich erging es den anderen, die immer wieder an den Grenzen zurückgewiesen wurden. Nachdem Frau Booth das Leben und Leiden in Gaza unter israelischer defacto-Besatzung kennen gelernt hatte, bezeichnet sie Gaza als ein „Lager“, in dem eineinhalb Millionen Menschen unter elenden Bedingungen eingepfercht sind.

Dieter Neuhaus

Interview mit einer jüdischen Teilnehmerin an der „Free Gaza“-Reise

Frau Dr. Lutz, können Sie unseren Lesern und Leserinnen den persönlichen Prozess beschreiben, der Sie dazu gebracht hat, sich an dieser durchaus riskanten Reise zu beteiligen?

Prozess ist der richtige Ausdruck, denn das war keine plötzliche Entscheidung. Am Anfang standen die Eindrücke, die während der Beobachtung der „Operation Herbstwolken“ entstanden sind. Damals hatte ich noch nicht jene grauenvollen Bil-

der von getöteten und verletzten Zivilisten gesehen, die ich mittlerweile kenne. Westliche Medien gehen ja sehr sparsam mit der Vermittlung israelischer Angriffe und deren Folgen um. Aber ich dachte viel über die traumatischen Erlebnisse und die Folgeerscheinungen nach, denen die Kinder ausgesetzt waren und sind. Und es entstand die Idee, einen Kindergarten in Gaza zu gründen, dessen Erziehungskonzept diese Erlebnisse berücksichtigt. Wer helfen will, sollte auch die Umgebung gut kennen, in der er helfen will und das ist

durch die Belagerungs- und Blockadepolitik bekanntlich nicht mehr möglich. Gerade zu dem Zeitpunkt, als ich mit Dr. El Sarraj, Gazas bekanntem Psychiater, Kontakt aufnahm, wurden die Übergänge geschlossen.

Wenig später lernte ich auf einer Tagung der EJJJ (European Jews for a Just Peace) Paula Abrams kennen, die mir von einer amerikanischen Gruppe berichtete, die Pläne habe, mit dem Boot nach Gaza aufzubrechen. Ich meldete mein Interesse

bei dieser „Free Gaza“-Gruppe über deren homepage an, erhielt aber keine Antwort. Ich behielt diese Option dennoch im Hinterkopf, während ich über verschiedene politische, menschenrechtliche und karitative Einrichtungen versuchte, Einlass nach Gaza zu erhalten – vergeblich.

Als dann schließlich die „Free-Gaza“-Reise für den 5. August angekündigt wurde, meldete ich mich nochmals und wurde gern akzeptiert, vermutlich auch, weil ich die einzige deutsche Bewerberin war. Ak-

Fortsetzung S. 4

zeptanz bedeutete aber für beide Seiten noch keinen endgültigen Entschluss. Man musste sich erst gegenseitig kennenlernen. Wer vertraut sich schon in einer gefährlichen Aktion einer Gruppe an, von der man fast nur die gute Absicht kennt? So war der Entscheidungsprozess begleitet von einem Kennenlernprozess, in dem immer wieder einmal kleinere oder größere Fragezeichen auftauchten. Aber immer wurden die Fragen durch die Antwort abgelöst: „Du musst es machen“.

Welche Eindrücke haben sich Ihnen während des Aufenthalts in Gaza am stärksten ins Gedächtnis eingebrannt, sowohl positiv als auch negativ?

Der allerstärkste Eindruck ist wohl bei uns allen bei unserer Ankunft entstanden. Man spürte förmlich das Ventil, das unsere Boote darstellten, und seine Funktion, die die Boote mit ihrer Ankunft auslösten. Durch dieses Ventil entluden sich die geballten Emotionen in einer Massenveranstaltung, unserem Empfang. Man muss sich vergegenwärtigen, dass seit über vierzig Jahren kein Schiff mehr in Gaza angelegt hatte, dass Gaza von allen Richtungen her abgeriegelt ist und dass die internationale Staatengemeinschaft die Existenz dieses Freiluft-Gefängnisses tatenlos duldet.

Weitere starke Eindrücke sind die Beschädigungen und Vernichtungen der Infrastruktur und das menschliche Leid, das viele Familien durch die Tötungsmaschinerie erlitten haben. Es überraschte mich, angesichts dieser Tatsache keine Hassparolen auf die Israelis zu hören. Das will nicht sa-

gen, dass es sie nicht gibt. Aber weder bei Interviews noch bei lautstarken Demonstrationen, die wir erlebten, wurde die Stimme gegen Israel erhoben, sondern gegen die Besatzung.

Welche Schlussfolgerungen für Ihren Einsatz zugunsten des Friedens zwischen Israel und Palästina haben Sie aus den Erfahrungen der Reise gezogen?

So wie die „Free-Gaza“-Entscheidung gewachsen ist, so werde ich auch die weiteren Unternehmungen offen angehen und abwarten, was auf mich zukommt. Da kommt zunächst in Kürze eine Konferenz in Ramallah, die ursprünglich in Gaza stattfinden sollte und bei der internationale Wissenschaftler über die gesundheitlichen Auswirkungen der Belagerung referieren und diskutieren. Ich werde an ihr teilnehmen und vielleicht im Anschluss noch Erfahrungen bei der Olivenernte sammeln. Ob meine Umgebung, ob die Medien an diesen Erfahrungen interessiert sind, bleibt eine Frage.

Wenn unsere Leser konkret dazu beitragen möchten, der Bevölkerung von Gaza zu helfen, wozu raten Sie?

Das einfachste ist im Medienzeitalter, die Bevölkerung wahrzunehmen, sich zu informieren, zum Beispiel im Internet. Was geschieht in Gaza? Die Leute wollen kein Mitleid, keine Hilfspakete, aber Anteilnahme. Und wir können im eigenen Land etwas bewegen. Die Politik der Bundesrepublik wirkt bremsend statt fördernd auf ei-

nen Richtungswechsel in der EU-Politik hinsichtlich der ethisch nicht vertretbaren Blockade-Politik gegenüber der Bevölkerung des Gazastreifens. In einem Jahr wird bei uns gewählt. Frage man doch als Bürger die Abgeordneten, wie er/sie zur Nahostpolitik steht, was er oder sie zu tun gedächte, um diese Blockadepolitik baldigst zu Ende zu bringen. Und sagen wir ihnen deutlich, was wir von ihnen wünschen, wenn sie gewählt werden wollen. Helfen wir ihnen, sich aus der Gefangenschaft

von Schuldgefühlen und historischer Belastung und aus der Angst vor dem Antisemitismusvorwurf zu befreien zugunsten einer Einforderung ethischer Prinzipien. Und diese sind wahrlich auf jüdischem Grund gebaut.

Frau Dr. Edith Lutz ist eine für Frieden, Menschenrechte und jüdische Religion engagierte deutsche Jüdin. Die Fragen stellte Dieter Neuhaus.

Zitate

Kritik israelischer Politik durch Deutsche

„Wenn nichtjüdische Deutsche wegen ihres Entsetzens und tiefen Bedauerns über die Ermordung der Juden Europas durch Deutsche sich heute nicht getrauen, die Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser durch Juden zu verurteilen, so sind dies zwar ehrenwerte Gründe, aber das Verhalten ist unmoralisch. Es ist unmoralisch, weil es dazu führt, dass neues Unrecht weiter geschieht und die Welt immer tiefer in einen Strudel von Gewalt gerät.“

(Rudolf Verleger, Israels Irrweg, Eine jüdische Sicht, Köln 2008, S. 110)

Jüdisch-israelischer Nationalismus

„Nationalismus jedenfalls hat schon andere Völker in den Abgrund geführt. Auf diesem Weg zum Abgrund ist Israel

schon kräftig vorangeschritten und nimmt die wegen ihrer Identitätsprobleme in kritischer Solidarität verharrende jüdische Gemeinschaft mit.“

(Rudolf Verleger, Israels Irrweg, Eine jüdische Sicht, Köln 2008, S. 110)

Antisemitismusvorwurf als Waffe

„Israel wird politisch und wirtschaftlich bedingungslos unterstützt, und das in einem Ausmaß, das kein anderes Land der Welt genießt. Was sind die Gründe hierfür?

„Der wahre Grund ist die politische Macht der Israel-Lobby. Deren stärkste Waffe: Der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber denen, die es wagen, sich kritisch zu äußern.“

(John J. Mearsheimer/ Stephen M. Walt, Die Israel-Lobby, Frankfurt/New York 2007, Umschlagtext)

Ein grauer und regnerischer Tag in Mainz

Am Samstag, bezeichnenderweise dem Dreizehnten des Monats September 2008, wurde in Mainz der Hildegard-von-Bingen-Preis an Herrn Broder verliehen. An diesem Tag hingen schwere Regenvölkchen über Mainz und der Himmel war grau. Die wenig erbaulichen klimatischen Bedingungen waren der Verleihung des Hildegard-von-Bingen-Preises an Herrn Broder also durchaus angemessen. Worum aber ging es?

Jedes Jahr vergibt die Zahnärztekammer des Landes Rheinland-Pfalz den mit 5.000 Euro dotierten Hildegard-von-Bingen-Preis für Publizistik. Nachdem der zunächst ausgewählte Preisträger dieses Jahres, der Philosoph Peter Sloterdijk, im Vorfeld abgesagt hatte, fiel die zweite Wahl auf Herrn Broder. Nun befindet er sich in Gesellschaft von anderen Preisträgern wie Peter Scholl-Latour, den Herr Broder in seinem Buch „Hurra, wir kapitulieren“ als „Terrorverstärker“ verunglimpft hatte.

Leider wissen wir nicht, wie oft und wie schnell sich Hildegard von Bingen, eine in

jeder Hinsicht sehr ehren- und bewundernswerte Frau des Mittelalters, in ihrem Grab umgedreht hätte, wenn sie erfahren hätte, dass ihr glanzvoller Name mit dem Broders verbunden wurde. Broders Dankesrede, die die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 15. September 2008 dem interessierten Publikum zugänglich gemacht hat, ist unterhaltsam. Sie enthält fast fast keine groben Provokationen, mit

denen Broder es dem Publikum ansonsten so schwer macht, ihn als selbsternannten Fachmann für israelisch-palästinensisch-deutsche Angelegenheiten ernst zu nehmen.

Broders uneingeschränkte Solidarität gilt dem Staat Israel, der seit Jahrzehnten das Land der Palästi-

nenser besetzt hält und sie auf brutale Weise unterdrückt. Aber den rheinland-pfälzischen Zahnärzten war vor der Auswahl ihres diesjährigen Preisträgers wohl nicht bekannt, dass in einem Artikel in einer bekannten deutschen Tageszeitung mit Sitz in Frankfurt am Main Herr Broder erst kürzlich als „eitler, zynischer, selbstgefälliger älterer Mann“ charakterisiert wurde, dem der „Respekt vor der Würde des Menschen“ fehle. Übrigens sollte man der Zeitung dankbar sein, dass sie die Rede abgedruckt hat, denn die in der Folge zahlreich eingegangenen Leserbriefe dazu zeigen deutlich, dass die törichten Argumente des Zahnärzte-Preisträgers inzwischen auf breiter Front durchschaut sind und er jeglichen Respekt und Achtung verspielt hat.

So gesehen steht der wenig ehrenhafte Platz in der „Hall of Shame“ der Geschichte, den Broder in seiner Rede Sloterdijk zuweist, in Wirklichkeit Broder selbst zu.

Dieter Neuhaus

Wie gewinnt Israel Kollaborateure?

In den letzten Monaten wurden immer wieder Berichte veröffentlicht, die einen Einblick geben in das schmutzige Geschäft, das vor allem die Geheimdienstpolizei Shin Bet mit der von Israel verursachten Not der Palästinenser macht. Israel nutzt deren Notlage aus, um sie zur Kollaboration mit dem Besatzungsregime zu bringen. Je größer die Notlage und Verzweiflung eines Menschen ist, desto besser stehen die Chancen, dass er das verhasste System als Kollaborateur unterstützt. Folgende Methoden sind inzwischen erkennbar geworden:

- Schwerkranken aus dem Gazastreifen, die eine lebenswichtige Behandlung in einem Krankenhaus außerhalb Gazas benötigen, verweigert Israel die Ausreise, solange sie nicht zur Kollaboration mit der Armee und den Sicherheitsdiensten Israels bereit sind. Manche der Kranken, die sich nicht haben erpressen lassen, sind daraufhin gestorben.

- Durch Israels Geheimdienste werden bei palästinensischen Gefangenen immer wieder „spezielle Verhörmethoden“ angewendet, die der Folter gleichkommen. Die Bereitschaft zur Kollaboration kann die Qualen beenden.

- Gefangengenommene Palästinenser werden oft für lange Zeit ohne Grund und ohne Gerichtsverfahren oder gar Kontakt zu Anwälten oder ihren Familien inhaftiert. Israelische Stellen nutzen diese verachtenswerte Methode aus, um Kollaborateure zu gewinnen.

- Inhaftierte Palästinenser werden oft mit Gefangenen zusammengelegt, die bereits als Informanten den „Pakt mit dem Teufel“ geschlossen haben und die neuen Gefangenen aushorchen sollen.

- Israel hat die besetzten Gebiete und den Gazastreifen mit einem dichten Netz von Schikanemaßnahmen überzogen, die den Palästinensern ein halbwegs normales Leben völlig unmöglich machen. Sie brauchen Genehmigungen der Besatzungsmacht, um Verwandte in benachbarten Städten zu besuchen, um zum Studium ins Ausland zu reisen, um inhaftierte Familienangehörige zu besuchen, um ihre Felder oder Olivenhaine bearbeiten zu können, um ihre wenigen Produkte exportieren zu können, um ihre Häuser erweitern oder einen Brunnen zur Wasserversorgung bohren zu können. Oft versucht die Besatzungsmacht, solche Genehmigungen nur gegen die Bereitschaft zur Kollaboration zu erteilen.

Das System der erpressten Kollaboration ist ein besonders hässlicher Teil der israelischen Strategie bei der Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Es schafft innerhalb der palästinensischen Gesellschaft eine besondere Unsicherheit. Den israelischen Geheimdiensten stehen aufgrund des erpresserischen Vorgehens prozentual ebenso viele palästinensische Kollaborateure zur Verfügung wie einst formelle und informelle Mitarbeiter (IM) dem Staatssicherheitsministerium in der DDR.

Dieter Neuhaus



Nicht nur 60 Jahre Israel feiern

10. Dezember 2008: 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Stimme eines in Deutschland lebenden Palästinensers

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. Am 10. Dez. 1948 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen Resolution 217 A(III), die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Obwohl die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte mit dem Beitritt am 11. Mai 1949 auch Gültigkeit für den Staat Israel hatte, verletzt der Staat Israel bis heute die Menschenrechte nicht nur der auf seinem Staatsgebiet lebenden Palästinenser, sondern in noch stärkerer Masse die Rechte der in der „Westbank“ und in Gaza lebenden Palästinenser.

Artikel 1 lautet: **Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. ...**

Für die im Gebiet des Staates Israel lebenden Palästinenser gilt dies offenbar nicht: Sie haben als Staatsbürger weder die gleichen Pflichten, geschweige denn die gleichen Rechte wie die jüdischen Israelis. Damit verletzt Israel auch den Artikel 2:

Artikel 2 lautet: **Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.**

Des Weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Noch schlimmer steht es für die palästinensischen Bewohner der Westbank, in der Israel seit 1967 ein Besatzungsregime aufrechterhält, das man sich seitens eines europäischen Staates nicht vorstellen kann und das weiteren Menschenrechtsartikeln entgegensteht:

Artikel 3: **Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.**

Artikel 13: 1. **Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.**

2. **Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.**

Die Palästinenser in den besetzten Gebieten genießen keine Freizügigkeit, indem ihre Bewegungsmöglichkeiten durch über 630 Checkpoints und durch die weit in ihr Gebiet eindringende Apartheidmauer radikal eingeschränkt sind. Die meist blutjungen Soldaten an den Checkpoints und Durchlässen der Trennmauer kontrollieren jede Bewegung der Palästinenser und schränken ihr Leben willkürlich ein: Menschen können nicht zur Arbeit, Kranke nicht ins Krankenhaus, Schwerkranke nicht zur Behandlung ins Ausland und Schwangere werden häufig daran gehindert ins Krankenhaus zu kommen, so dass sie gelegentlich an den Checkpoints gebären müssen, was in einigen Fällen mit dem Tod des Neugeborenen geendet hat. Die Vorgesetzten lassen in der Regel die ihnen untergebenen Soldaten gewähren. Es gibt Fälle, in denen ein Vorgesetzter einem Soldaten einen menschenrechtswidrigen Befehl gibt, wie kürzlich der Schuss auf einen bereits gefesselten Gefangenen. Nur wenn der-

artige Vorfälle international publik werden, erfolgt eine Reaktion der Behörden. Die Strafe besteht aber kaum in mehr als einer Beurlaubung vom Dienst oder Versetzung.

Bei dem häufigen, in der Regel nächtlichen Eindringen des israelischen Militärs in palästinensische Städte und Dörfer werden immer wieder Palästinenser getötet und inhaftiert. Von „Sicherheit der Person“ kann da nicht die Rede sein. In israelischen Gefängnissen sind über zwölftausend Palästinenser inhaftiert, und zwar meist ohne Gerichtsverfahren, auf Grund der willkürlichen „Administrationshaft“.

Palästinenser erhalten häufig keine Genehmigung zum Hausbau für ihre wachsenden Familien, auch wenn der Grund und Boden in ihrem Eigentum steht. Mit unterschiedlichen Begründungen hat Israel in den besetzten Gebieten innerhalb von 20 Jahren nach Angaben des Israeli Committee against House Demolitions (ICAH) 18147 palästinensische Häuser zerstört.

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

Der Gazastreifen ist aber auf den drei Landseiten von Israel und Ägypten abgeriegelt, und auf der 4. Seite, der Mittelmeeresseite, hat Israel eine Seeblockade verhängt, die nur einmal, nämlich kürzlich, von zwei Schiffen mit Friedensaktivisten aus 22 verschiedenen Ländern durchbrochen werden konnte. Kein Wunder, dass sich die Einwohner des Gazastreifens wie in einem „Open Air Gefängnis mit Meerblick“ fühlen. Doch vernachlässigt der Gefängniswärter Israel sträflich seine Verpflichtungen, nämlich seine Gefangenen mit Nahrungsmitteln zu versorgen, eine ausreichende medizinische Behandlung zu gewährleisten und auch Beschäftigung und Ausbildung zu ermöglichen.

Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person

Statt dessen blockiert Israel immer wieder Einfuhren in den eben durch die Blockaden weitgehend von Israel abhängigen Gazastreifen. Teilweise sind die Grenzdurchgänge völlig gesperrt. Die Bewohner des Gazastreifens sind von Lieferungen für Wasser, Lebensmittel, Medikamente, Elektrizität und Öl, sowie von Rohstoffen wie Zement und Baumaterialien wie Holz und Eisen abhängig. Diese Güter werden aber nur wie mit einer „Pi-

pette“ geliefert. Scharons Chefberater Dov Weisglass erklärte zu dieser Politik einmal offiziell: „Wir werden den Palästinensern eine Diät verordnen, die nicht ausreicht zum Leben und zu viel ist zum Sterben.“

Das heißt, dass auch Güter, die zum schlichten Überleben notwendig sind (vor allem Medikamente und Energie), nur in unzureichenden Mengen, zeitweise auch gar nicht, Gaza erreichen. Die israelische Begründung dafür ist vor allem die Herrschaft der Hamas. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die Hamaspartei die von unabhängigen internationalen Beobachtern als sauber anerkannten Wahlen des Jahres 2006 gewonnen hatte.

Da dieses Ergebnis Israel und seiner Schutzmacht USA nicht passte, wurden diese Wahlen weder von diesen Staaten noch von den europäischen Demokratien anerkannt.

Als weitere israelische Begründung für die Abriegelung des Gazastreifens wird der Abschuss der unsäglichen Kassamraketen auf israelisches Gebiet angeführt. Obwohl die durch diese recht primitiven Raketen verursachten Schäden - sowohl was Personenschäden als auch Materialschäden anlangt - vergleichsweise gering sind, hört und liest man viel darüber in unseren Medien. Wenig hört und liest man dagegen über die von Israel verursachten Zerstörungen von privaten Häusern, von Fabriken und Einrichtungen des öffentlichen Lebens wie Ministeriumsbauten und Polizeistationen, von landwirtschaftlichen Flächen jeder Art und der Infrastruktur wie Flughafen, Elektrizitäts- und Wasserwerke und Kläranlagen.

Was bedeutet nun diese menschenrechtsverletzende Blockade für die 1,5 Millionen Menschen in Gaza? An erster Stelle Armut: Armut des Körpers, der Seele und des Geistes. Diese Armut wird durch immer wiederkehrende Bombardierungen durch F19-Kampfflugzeuge, Apache-Hubschrauber oder Artillerie ständig verstärkt. Durch diese unkritisierten Maßnahmen, werden die Menschen in Gazastreifen regelrecht terrorisiert, traumatisiert

und z.T. dezimiert. Aufgrund der inzwischen auf 80% gestiegenen Arbeitslosigkeit sind viele Menschen finanziell nicht mehr in der Lage, Lebensmittel - durch die Blockade enorm teuer und unbezahlbar geworden - zu kaufen. Es gibt auch keine ausreichenden Kindernahrungsmittel wie z.B. Milch, daher ist bei Kindern eine gravierende Mangelernährung entstanden, die die normale Entwicklung des Körpers und des Gehirns verhindern. Der Mangel an Medikamenten und medizinischen Geräten sowie Ersatzteilen führt zu zunehmenden Todesfällen von Patienten in den Krankenhäusern. Betroffen sind wiederum vor allem Säuglinge und Kinder, aber auch Krebs- und Dialysepatienten.

Der Mangel an Öl und Elektrizität lähmt den Betrieb von Krankenhäusern, aber auch aller Einrichtungen, deren Funktion von Energie abhängig ist. So ist Elektrizität erforderlich, um sauberes Trinkwasser zu pumpen und die Abwasser- bzw. Kläranlagen zu betreiben. Fallen letztere aus, führt dies im Sommer zu massiver Geruchsbelastung und das leistet der Entwicklung von gefährlichen Infektionskrankheiten Vorschub.

Das Bildungswesen im Gazastreifen ist desolat. Selbst wenn es einem Studenten gelingt, ein Stipendium von einer ausländischen Universität zu ergattern, was schwer genug ist, hindert Israel oft die Betroffenen an der Ausreise, z. B. jetzt vor dem Wintersemester (Oktober 2008). Diese Behinderung wird gelegentlich so lange aufrecht erhalten, dass der Stipendienplatz verloren geht. Wenn die Ausreise gelungen ist, sagt dies noch lange nicht, dass der Student wieder einreisen kann, - auch nicht bei Krankheit oder Tod eines nahen Familienangehörigen.

Wäre es nicht der Staat Israel, der diese Maßnahmen ergreift, würde ein Aufschrei durch unsere Medien gehen. So aber schweigt man lieber still, sei es, weil man es nicht sehen will, sei es, weil man fürchten muss, des Antisemitismus geziehen zu werden. Ist es aber antisemitisch, auf derartige Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen? Kann sich nicht gerade das Judentum rühmen, zur Entwicklung der Idee von den Menschenrechten beigetragen zu haben? Warum sollen die Menschenrechte für die ganze Menschheit gelten, aber nicht für eine Gruppe von Menschen, die darauf bestehen, auf dem Boden, auf dem ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gelebt haben, zu bleiben? Israel begründet sein Verhalten mit Sicherheit und hält daran fest, alle Araber (Palästinenser gibt es nach israelischer Lesart nicht) seien ihre Feinde. Dementsprechend wurden mehrere gemeinsame Friedensangebote aller arabischen Staaten ignoriert.

Albert Einstein soll einmal gesagt haben, dass die Welt nicht gefährlich sei, weil Menschen einander Leid zufügen, sondern weil es Menschen gibt, die tatenlos dabei zusehen.

Trotz aller Erklärungen und Appelle der UNRWA und vieler vor Ort arbeitender NGO's über die verheerende katastrophale Lage der Palästinenser verhalten sich die meisten Israelis, Europäer und Amerikaner wie die berühmten drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. - Diese wachen aber sofort auf, sehen und schreien laut, wenn ein Israeli durch einen Anschlag verletzt oder getötet wird.

Einstein hatte Recht. Wir sollten in Zukunft in allen Fällen mehr sehen, mehr hören und mehr sagen.



Entwicklungshilfe für die „Palästinensischen Gebiete“

Die deutsche Regierung unterstützt die „Palästinensischen Gebiete“ zwischen 2008 und 2010 mit 200 Millionen Euro aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Das BMZ teilte mit, dass die Palästinensischen Gebiete mit diesem ungewöhnlich hohen Betrag an der Spitze aller Empfängerländer deutscher staatlicher Entwicklungshilfe liegen. Mit den bereitgestellten Mitteln führt die palästinensische Regierung Programme der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, der Wirtschaftsentwicklung und Grundbildung sowie umfangreiche Beschäftigungsprogramme durch.

Kommentar

Die deutsche Regierung ist großartig. Sie setzt sich finanziell enorm für die Palästinenser ein - und sie ist dabei feige und heuchlerisch. Sie will sich mit Geld freikaufen von ihrer eigentlichen Verpflichtung, nämlich: sich im Nahen Osten politisch für Recht und Menschlichkeit, für Menschenrechte und Völkerrecht einzusetzen, und zwar in diesem Fall gegen die israelische Raub- und Unterdrückungspolitik. Was sind 200 Millionen Euro in drei Jahren, wenn Israel in dieser Zeit Schäden und Verluste von vielen Milliarden verursacht? Wie hoch, wie teuer ist der Verlust pro Quadratkilometer Land, das Israel den Palästinensern ständig raubt oder per Militärorder unzugänglich macht mit der Gefahr späterer Annexion? Was kosten die durchschnittlich fünfhundert palästinensischen Menschenleben, die Israel pro Jahr

auslöscht, und die vielen Tausende verwundete Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer und Alte? Was verliert Palästina durch immer neue rechtlose Verhaftungen, sodass ständig mehr als zehntausend Palästinenser im Gefängnis sitzen? Wie hoch sind die Kosten durch die ständigen materiellen Zerstörungen, aber erst recht die Zerstörung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens durch die äußerste Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Palästinenser?

Was kosten die Millionen Stunden, die die Palästinenser sinnlos an Checkpoints warten? Welchen Wert haben die Menschen, die allein dadurch getötet werden, dass Israel ihnen den Zugang zu Krankenhäusern verweigert? Wie ist der Schaden zu beziffern, wenn Babies oder/und ihre Mütter bei der Geburt an Checkpoints sterben? Wieviel von dem, was mit deutschem Geld aufgebaut wird, wird durch das israelische Militär wieder zerstört, ohne dass sich die deutsche Politik ein kritisches Wort erlaubt?

Die Feigheit der deutschen Regierung in menschlich-menschenrechtlicher Hinsicht kann mit Geld gar nicht kompensiert werden.

Nebenbei: Deutschland zahlt auch für eine verbesserte Abwasserentsorgung. Dies macht es aber kaum erträglicher, dass die Hunderttausende jüdischer Kolonisten im Westjordanland ihr Abwasser ungeklärt in die palästinensischen Flüsse fließen lassen.

Peter Bingel

„Das andere Palästina“ Filmwoche 4. – 10. Dezember 2008



Donnerstag 4.12. bis Mittwoch 10.12. TÄGLICH 19 Uhr endstation.kino
UND Sonntag, 7.12. 11 Uhr im studio 108

4.12. Kurzfilme – Überblick über das gegenwärtige palästinensische Kino, mit Irit Neidhardt
5.12. PARADISE NOW von Hany Abu-Assad
6.12. THE SONS OF EILABOUN von Hisham Zraiq & JENIN, JENIN von Mahmud Bakr & Gespräch mit Hisham Zraiq
7.12. ROUTE161 von Michel Khleifi & Eyal Sivan (studio 108); LEMON TREE von Eran Riklis
8.12. RANA'S WEDDING von Hany Abu-Assad
9.12. MAUER von Simone Bitton
10.12. GÖTTLICHE INTERVENTION von Elia Suleiman

endstation.kino

Wallbaumweg 108, 44894 Bochum, 0234-6871620, www.endstation-kino.de, info@endstation-kino.de

BAHNHOF LANGENDREER



„Das andere Palästina“ – Kooperation: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. Bahnhof Langendreer und kino endstation, die Filmwoche wird gefördert von der



Filme von Mohammed Alatar zum Nahostkonflikt

Mohammed Alatar ist ein in Jordanien geborener Palästinenser, der in den Vereinigten Staaten lebt. Er ist ein langjähriger Friedensaktivist. Er gründete und leitet die Nichtregierungsorganisation „Palestinians for Peace and Democracy“ (Palästinenser für Frieden und Demokratie), die versucht, das palästinensische Volk beim Aufbau einer Demokratie zu unterstützen, die sich auf Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte gründet. 2004 drehte er den Film „Die eiserne Mauer“ und 2007 den Film „Jerusalem, The East Side Story“. Diese beiden Filme sollen hier kurz vorgestellt werden:

„Die eiserne Mauer“ ist benannt nach einem Artikel des Begründers des zionistischen Revisionismus Vladimir Jabotinsky, der im November 1923 in der russischen Zeitschrift Rasswyet erschien und in dem es heißt: „Zionistische Kolonisierung, auch die eingeschränkteste, muss entweder beendet werden oder gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung durchgeführt werden. Diese Kolonisierung kann also nur weitergeführt und entwickelt werden unter dem Schutz einer Macht, die von der lokalen Bevölkerung unabhängig ist – eine eiserne Mauer, die die einheimische Bevölkerung nicht durchbrechen kann.“ Um diese Mauer - von der Vladimir Jabotinsky bereits 1923 gesprochen hatte und die seit 2002 von Israel zum größten Teil auf palästinensischem Land gebaut wird – und die israelische Siedlungspolitik in den 1967 besetzten Gebieten sowie deren Auswirkungen auf die einheimische pa-

lästinensische Bevölkerung geht es in diesem Film.

Der Film legt dar, dass jeder israelische Regierungschef zum Ausbau der allesamt völkerrechtswidrigen Siedlungen beigetragen hat und dass in den sieben Jahren zwischen der Prinzipienklärung im September 1993 und dem Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 die Zahl der Siedler in den besetzten Gebieten um 90% angestiegen ist. Auf das Thema Umweltschäden durch die Siedlungen wird eingegangen, genauso wie auf die ungerechte Wasserverteilung und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Palästinenser durch Siedlungsstraßen, die von Palästinensern im Prinzip nicht befahren werden dürfen. Er zeigt aber auch, dass 80% der Siedler sich aus wirtschaftlichen Gründen in den besetzten palästinensischen Gebieten niedergelassen haben, weil die Wohnungen und Häuser dort viel günstiger sind als im israelischen Kernland und der israelische Staat die Ansiedlung dort finanziell honoriert, und „nur“ 20% der annähernd 500.000 Siedler ideologische, bewaffnete, gewaltbereite und teilweise auch Gewalt anwendende Siedler sind. Ganz besonders wird auf die Situation in Hebron eingegangen, in der ca. 450 größtenteils aggressive Siedler unter 150.000

Palästinensern leben. Aber auch die Situation in Qalqilya, Jerusalem und Bethlehem wird dargestellt. Zum Schluss geht der Film auf den Bau der Mauer und seine zahlreichen negativen Auswirkungen auf die palästinensische Bevölkerung ein.

Was diesen Film auszeichnet ist einerseits seine ruhige Darstellung der Fakten, dass er viele unterschiedliche Personen (Israelis und Palästinenser) zu Wort kommen lässt, Mitarbeiter von Menschenrechts- und Friedensorganisationen, Journalisten, Politiker, ehemalige Soldaten und auch eine Siedlerin, außerdem die sehr anschaulichen, übersichtlichen Karten und das eindrucksvolle Filmmaterial, das die Aggressivität von Siedlern zeigt und die Untätigkeit der israelischen Armee, die nicht dagegen vorgeht.

Der Film „Jerusalem – The East Side Story“ zeigt die Geschichte Jerusalems von der britischen Mandatszeit bis heute. Anhand von zahlreichen, sehr interessanten historischen Filmaufnahmen und sehr übersichtlichem Kartenmaterial wird im ersten Teil zunächst ein Überblick über die Anfänge des Nahostkonflikts gegeben. Danach behandelt er die israelische Besatzungspolitik in Ost-Jerusalem, und belegt mit vielen Beispielen, dass diese darauf abzielt, eine jüdi-

sche Bevölkerungsmehrheit in der Stadt herzustellen und die palästinensischen Bewohner zu vertreiben u. a. durch Häuserzerstörungen, Landenteignung, den Bau von israelischen Siedlungen im arabischen Ostteil der Stadt, den Entzug der Jerusalemer Identitätskarte (und damit des Aufenthaltrechts für Palästinenser in der Stadt) und den Bau der Mauer, die Millionen Palästinenser daran hindert, die Stadt und die heiligen Stätten dort zu besuchen. Neben Einwohnern Jerusalems kommen dabei auch palästinensische und israelische Politiker, Wissenschaftler und Menschenrechtsaktivisten und sogar der noch amtierende amerikanische Präsident zu Wort. Und auch in diesem Film werden die Fakten ganz sachlich und ruhig präsentiert, zusammen mit sehr interessantem historischen Filmmaterial und klaren, übersichtlichen Schaubildern. Beide Filme sind dementsprechend sehr empfehlenswert!

Petra Schöning

„The Iron Wall“ von Mohammed Alatar, Palästina, 2006, 57 Min. (englische und deutsche Fassung erhältlich). Die deutsche Fassung kann bezogen werden über:

„DieEiserneMauer@kommunikate.ch“
<http://www.theironwall.ps/>

„Jerusalem, The East Side Story“ von Mohammed Alatar, Palästina, 2008, 57 Min. (Englisch, Arabisch und Hebräisch mit englischen Untertiteln)
<http://www.eastsidestory.ps/>



DPG-Projekt Informationsmaterial aus Palästina/Israel

Das im Aufbau befindliche DPG-Projekt ermöglicht den Bezug von Informationsmaterial aus Palästina und Israel über eine Adresse in Deutschland. Es wird betreut von Ali Shneiwer, Rosenweg 16, 53604 Bad Honnef, Tel. 02224 90 11 494, Email: Ashneiwer@t-online.de .

Zur Zeit kann man sich schicken lassen:

- „NAKBA, The Process of Palestinian Dispossession“, reich bebildertes Heft, hg. von PASSIA (Palestinian Academic Society of the Study of International Affairs), Mai 2008, 24 Seiten.

- Landkarte der Westbank: „The Separation Barrier in the Westbank“, hg. von B'Tselem (The Israeli Information Center

for Human Rights in the Occupied Territories), Februar 2008, 100 x 60 cm.

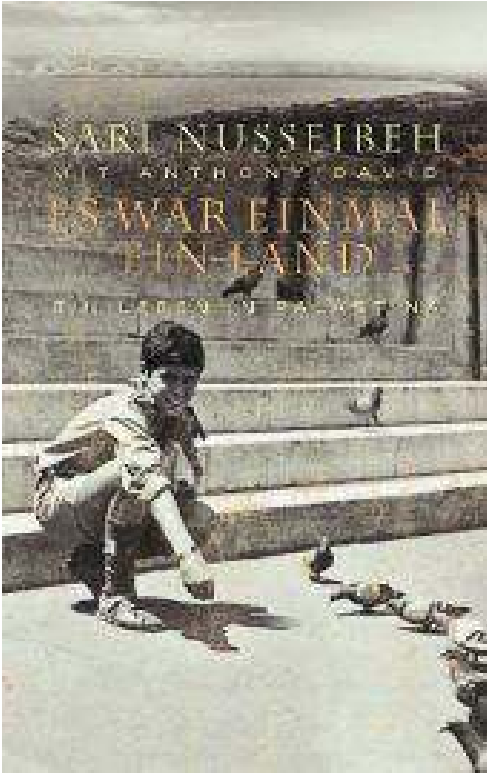
Das Material wird kostenlos versandt, mit der Bitte um eine Spende auf das Unterkonto der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft „DPG-Regionalgruppe Rheinland“, Konto-Nr. 200 339 210, BLZ 370 605 90, Sparda-Bank West.

Zu gleichen Bedingungen kann ab 1. 12. die 9. Ausgabe der Palästina-Zeitung bestellt werden.

Außerdem sind 14 in Bethlehem geschnitzte Weihnachtskrippen aus Olivenholz zum halben Preis abzugeben. Interessenten setzen sich bitte mit Ali Shneiwer in Verbindung.

Buchbesprechungen

Ein palästinensischer Adliger, Philosoph, Diplomat und Aktivist



Sari Nusseibeh hat sein Leben aufgeschrieben. Es ist nicht irgendein Leben. Es begann ein Jahr nach der Katastrophe der Palästinenser, der Nakba, und die Schilderung führt bis in die Gegenwart, in die Zeit Ariel Scharons, der Trennmauer und des Aufstiegs der Hamas. Dieses Leben begleitete fast sechzig Jahre des blutigen jüdisch-arabischen Konflikts und wurde davon tief geprägt.

Auch der Autor ist nicht irgendeiner. Sari wuchs im arabischen Teil Jerusalems auf in einer alteingesessenen, angesehenen palästinensischen Familie, die ihre Wurzeln in der Zeit des Kalifen Omar sieht. Er wurde in der Familie zu Toleranz erzogen, in einer englischen Schule in Jerusalem ausgebildet, anschließend in Oxford. Sari Nusseibeh wurde Philosoph. Seine Karriere im palästinensischen Bildungssystem führte ihn auf die Präsidentenstühle der Birzeit-Universität nahe Ramallah und der Al-Quds-Universität in Jerusalem. Dort arbeitet er bis heute.

Im oft gewalttätigen Konflikt bezog Nusseibeh entschiedene Stellung für eine Zwei-Staaten-Lösung als Voraussetzung für friedliches Zusammenleben, unterhielt entsprechende Kontakte mit der jüdischen Seite. Einmal jedoch bastelte er eine „Bombe“. Sie entpuppte sich als sein überraschender (und nur taktisch gemeinter) Vorschlag, Israel möge das Westjordanland annektieren. Der Vorschlag diente dazu, Israel die Unmöglichkeit einer solchen Lösung aus demographischen Gründen vor

Augen zu führen und mit einer Zwei-Staaten-Lösung anzufreunden.

Als Politiker arbeitete Nusseibeh auch für Arafat, ohne sich an ihn zu binden und ohne sich mit der Fatah zu identifizieren, half Korruption im Apparat der palästinensischen Administration aufzudecken. Für kurze Zeit war er PLO-Repräsentant in Jerusalem.

Der vielfältigen Gewalt setzte Sari Nusseibeh in Wort und Tat beharrlich gewaltlosen Widerstand entgegen. Das trug ihm auf beiden Seiten Feinde, in Birzeit Prügel und in Israel eine Gefängnisstrafe ein. Immer wieder gelang es ihm, gegen Geheimdienst und Militär gewaltfreie Proteste und Demonstrationen zu organisieren, zuletzt gegen die Mauer. Den Kern des Konflikts sah er in der Unkenntnis beider Seiten voneinander und in der Unfähigkeit, sich das Leben der jeweils anderen vorzustellen.

Stellenweise liest sich das Buch wie ein Kriminal- oder Agentenroman: so wenn es darum ging, in einem Katz-und-Maus-Spiel mit dem Geheimdienst eine Flugblattaktion über Monate in Gang zu halten, oder wenn Sari persönlich in seinem Auto Geld in das Westjordanland schmuggelte, um Familien zu helfen, die sich auf seinen Rat von ihren jüdischen Arbeitgebern getrennt hatten. Vor seinem Haus geschah ein geheimnisvoller Mord. Eine Tat des Geheimdienstes, um ihn damit in Verbindung zu bringen?

Das Buch ist gut lesbar, weil Nusseibeh leicht und lebendig schreibt und weil die gut fünfhundert Seiten in 35 kurze Kapitel mit flotten Überschriften eingeteilt sind. Es ist mit Fotos ausgestattet, meist Familienbilder von drei Generationen Nusseibeh, aber auch Aufnahmen von politischen Aktionen. Der Humor kommt bei aller Tragik der Ereignisse nicht zu kurz. Zu loben sind auch die Übersetzer, die fast durchweg vergessen lassen, daß Nusseibeh sein Buch in Englisch verfaßt hat.

Karl-Otto Körber

Sari Nusseibeh: Es war einmal ein Land. Ein Leben in Palästina, mit Anthony David, Verlag Antje Kunstmann, München 2008, 528 Seiten, 24,90 Euro; aus dem Englischen von Katharina Förs, Gabriele Gockel und Thomas Wollermann, Titel der Originalausgabe: Once Upon a Country. A Palestinian Life, New York 2007. Das Original wurde für die deutsche Ausgabe vom Autor bearbeitet.

Jüdische Frauen kämpfen für Menschenrechte

Yehudit Keshet, 1943 als Tochter geflüchteter Berliner Juden in England geboren, ist eine von drei Gründerinnen der Menschenrechtsorganisation „Checkpoint Watch“, in der inzwischen über 500 israelische Frauen aktiv sind. Diese Frauen, die überwiegend der gut ausgebildeten und gut informierten Mittelschicht Israels angehören, beobachten und dokumentieren das Verhalten der israelischen Grenzsoldaten an den zahllosen Checkpoints (Machsom) und stehen den Palästinensern zur Seite, die tagtäglich unter den Schikanen, Demütigungen, Unverschämtheiten und oft auch Grausamkeiten der Grenzsoldaten leiden. Manchmal gelingt es ihnen, das Schlimmste zu ver-

den, um nicht sehen zu müssen, welches Unglück den Palästinensern angetan wird“. Sie sagt „Nein zu der Brutalität, der Dummheit und den Lügen der israelischen Regierung“.

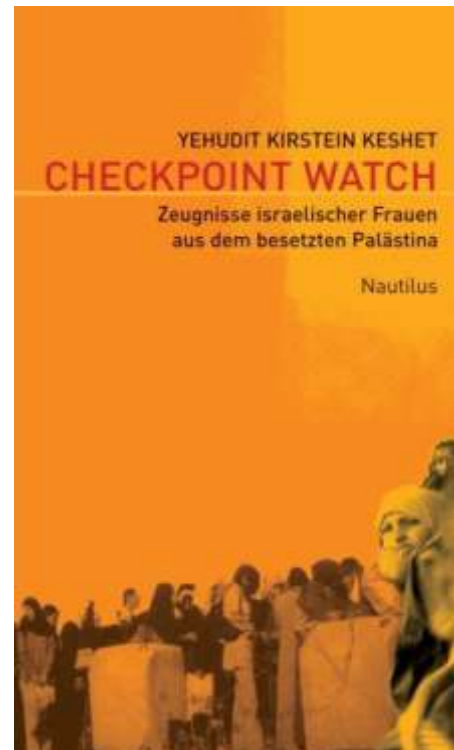
Dieses Buch zu lesen, schmerzt. Es schmerzt, weil man nicht glauben mag, dass ein Staat der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft ein besetztes Nachbarland so quält und schikanert, wie der Staat Israel und sein Militär dies tun und wie es in diesem verdienstvollen Buch hautnah und anschaulich dokumentiert ist. Und es schmerzt zu sehen, wie die israelische Gesellschaft im Ganzen die Unterdrückung zulässt, unterstützt und die grausamen Realitäten nicht wahrhaben will.

Ganz zu Beginn des Buches wendet sich die Autorin an die Leser der deutschen Ausgabe. Sie betont eine Selbstverständlichkeit, nämlich dass es keinen Vergleich geben kann zwischen Israels Unterdrückung der Palästinenser und der Vernichtungsmaschinerie Deutschlands während der Hitler-Diktatur. Allerdings hält Yehudit Keshet einen Vergleich zwischen dem Nazi-Terror in Deutschland und Europa und der Unterdrückung der Palästinenser durch Israel für zulässig: Im Deutschland der Dreißiger- und Vierzigerjahre haben die Volksmassen geschwiegen, waren gleichgültig oder Komplizenhaft in die Verbrechen verstrickt. Im Israel von heute nimmt die große Mehrheit der Bevölkerung die physische und psychische Unterdrückung hin oder heißt sie sogar gut.

Wer das Israel von Heute verstehen will, sollte dieses Buch lesen. Es lässt ihn beklommen und voll Sorge um die moralische Integrität Israels und seine Zukunft zurück. Der Leser zollt den Frauen für ihre Arbeit an den Checkpoints allergrößten Respekt. Und gerne erinnert er sich daran, dass erst Anfang September 2008 der Friedenspreis der Stadt Aachen 2008 unter anderem an die Machsom-Frauen verliehen wurde. So kommt es, dass die Arbeit dieser verdienstvollen Menschenrechtsorganisation ausgerechnet in dem Land geehrt und anerkannt wird, das jüdisches Leben in so monströser Weise vernichtet hat, während diese Anerkennung in Israel noch aussteht und leider auch nicht in Sicht ist.

Dieter Neuhaus

Yehudit Kirstein Keshet: Checkpoint Watch - Zeugnisse israelischer Frauen aus dem besetzten Palästina, mit einem Nachwort von Amira Hass, aus dem Englischen übersetzt von Ulrike Vestring, Edition Nautilus, Hamburg 2007, 256 Seiten, broschiert 18 Euro



hindern oder sogar eine Bestrafung von Soldaten zu erreichen, aber insgesamt sieht die Autorin die konkrete Wirksamkeit der Machsom-Arbeit als begrenzt an.

Das Buch ist hochpolitisch, denn es stellt stets den Zusammenhang her zwischen den schrecklichen „Geschehnissen“ an den Checkpoints und der Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern: Besatzung, Unterdrückung, Landraub und Zerstückelung der Westbank, Verachtung für „die Araber“, Errichtung eines Apartheitsystems in der besetzten Westbank, Abschnürung Gazas und seine Verwandlung in ein überbevölkertes Getto.

Die Verfasserin, die aus dem radikalen Flügel des israelischen Friedenslagers stammt, scheut sich nicht, Israel als Land mit faschistischer Regierung zu brandmarken, die von der Mehrheit der Juden unterstützt wird, die „ihren Blick abwen-

Der Araber hat eine jüdische Freundin

Der Autor ist ein arabischer Israeli und lebt seit der Vertreibung aus seiner Geburtsstadt Jaffa im Jahr 1948 in Lod. Er beschreibt die Diskriminierung der Araber durch jüdische Israelis und die Schikanen der Sicherheitskräfte gegenüber den arabischen Israelis, obwohl für diese nach dem Gesetz Gleichberechtigung besteht.

Er muss seine Identität als Araber verheimlichen, damit er Arbeit bekommt. Die Arbeitgeber kennen seine wahre Identität, empfehlen ihm jedoch, einen nicht arabisch klingenden Namen zu benutzen, da die jüdischen Kunden Vorurteile gegenüber arabischen Arbeitern haben und arabische Arbeiter

als schlecht gelten. Nebenbei beschreibt er, wie seine jüdischen Arbeitgeber ihre Kunden betrogen.

Das Buch erzählt aber im Wesentlichen die Geschichte einer Liebe zwischen ihm als Araber und einer zehn Jahre älteren Jüdin, die auf gegenseitigem Vertrauen und Leidenschaft basiert. Diese Beziehung ist sowohl für ihn als auch für sie nicht ohne Gefahr und darf nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Beide wissen jedoch, dass diese Beziehung in einer Sackgasse enden muss. Sie bleiben dennoch einige Jahre, wenn auch nicht ohne Spannungen, zusammen. Nebenbei werden auch die vielen israelisch-arabischen Kriege und der Frieden mit Ägypten erwähnt.



lisch-arabischen Kriege und der Frieden mit Ägypten erwähnt.

Abschließend beschreibt der

Autor seinen zum Scheitern verurteilten Versuch, bei den israelischen Behörden die bei der Vertreibung konfiszierten Güter seiner wohlhabenden Familie mit vielen Ländereien zurück zu bekommen. Diese Geschichte aus dem Leben eines arabischen Israeli lässt sich leicht lesen und weckt immer wieder die Neugier des Lesers auf die nächsten Kapitel. Das Buch ist daher ohne Einschränkung zu empfehlen.

E. F.

Usama Abu-Gosh: Der Jude der Juden, Semit Edition im Melzer Verlag (Wunderkammer Verlag Neu Isenburg), 2004, 256 Seiten, geb. 19,95 Euro

IMPRESSUM

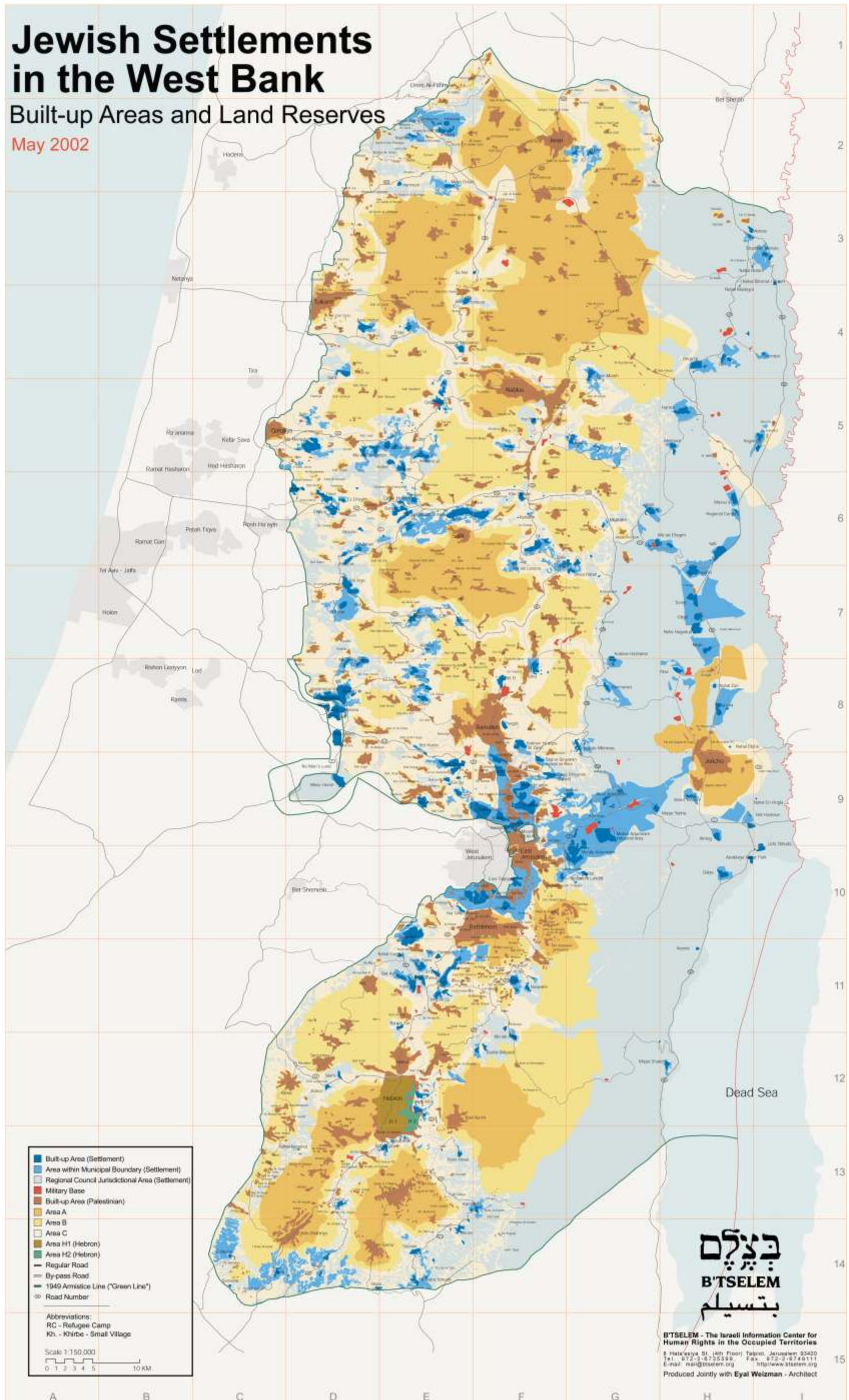
Die Palästina-Zeitung wird herausgegeben von den Regionalgruppen Rheinland-Süd und Ruhr der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. Geschäftsstelle: Am Ordensgut 2, 53639 Königswinter; Redaktion: Peter Bingel (v.i.S.d.P.), Dieter Neuhaus u.a. Die einzelnen Artikel werden von den jeweiligen Verfassern verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der DPG-Gruppen wieder. Druck: Siebengebirgsdruck Bad Honnef. Die Palästina-Zeitung erscheint halbjährlich. Sie wird kostenlos abgegeben und auf Bestellung zugesandt, mit der Bitte um Spenden auf das Regionalkonto der DPG, Sparda-Bank West, Kto Nr. 200 339 210, BLZ 370 605 90, Stichwort „Palästina-Zeitung“. Bei Spenden unter 100 Euro gegebenenfalls bitte ausdrücklich vermerken „Spendenbescheinigung erbeten“.

Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e. V.
Postfach 15 04 26, 10666 Berlin
Tel.: 030 51 300 219, E-Mail: info@dpg-netz.de
www.dpg-netz.de (Hier können Sie aktuelle Informationen über Palästina finden.)

Jewish Settlements in the West Bank

Built-up Areas and Land Reserves

May 2002



Alle blau dargestellten Flächen im palästinensischen Westjordanland sind israelische „Siedlungen“, also Kolonien, und ihre Gebiete. Das Westjordanland ist von Israel auf gewaltsame Weise weitgehend durchkolonisiert mit über 250 000 jüdisch-israelischen „Staatsangehörigen“. Es handelt sich um kaum rückgängig zu machende „facts on the ground“. Welche ähnlichen Völkerrechts- und Menschenrechtsverbrechen gibt es in den letzten Jahrzehnten auf unserem Globus?